

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

(30. - öffentliche - Sitzung am 29. November 2018)

**Beratungsthemen:**

**1. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Sitzung des Krankenhausplanungsausschusses vom 28. November 2018**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**2. Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1380](#)

**dazu:** Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unter Einbeziehung der Bereiche Gesundheitsgefahren durch E-Zigaretten und eventuell notwendige gesetzliche Änderungen zum Nichtraucherschutz, zu der Rechtslage in anderen Bundesländern, insbesondere in Schleswig-Holstein, sowie den Einsatz von Kohlenmonoxidmeldern

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die weitere Beratung des Antrags stellte der Ausschuss bis zur Vorlage des für das 2. Quartal 2019 angekündigten Abschlussberichts über die Auswertung der von der Gewerbeaufsicht im Jahr 2018 durchgeführten Schwerpunktaktionen zurück.

**3. Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Pflege in Niedersachsen“, hier insbesondere zum Bereich der Pflegeschulen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**4. a) Übernahme der Ausbildungskosten in der Physiotherapieausbildung durch das Land Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1519](#)

**b) Gesundheitsfachberufegesetz vorlegen - Schulgeldfreiheit sichern!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2192](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* -

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu b) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

5. a) **Von Gewalt betroffene Frauen nicht vor verschlossener Tür stehen lassen - Frauenhäuser stärken, Rechtsanspruch schaffen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/829](#)
- b) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Regelung von Schutz und Hilfe für Frauen und ihre minderjährigen Kinder vor Gewalt im sozialen Nahraum (Niedersächsisches Frauenschutzgesetz - Nds. FrauSchG)**  
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1078](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Beratung des Antrags und des Gesetzentwurfs bis zur Vorlage eines von den Fraktionen der SPD und der CDU angekündigten Antrages zurück.

6. **Rechte von Transsexuellen, Transidenten, Transgender und Menschen mit entsprechender Biografie stärken**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1388](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD  
*Ablehnung:* GRÜNE, FDP  
*Enthaltung:* -

7. **Unterrichtungswünsche**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über die Ermächtigung der Erzieherinnen und Erzieher in integrativen Kindertagesstätten in NRW zur Erbringung therapeutischer Leistungen.

Ferner bat der Ausschuss die Landesregierung um eine schriftliche und gegebenenfalls mündliche Unterrichtung über Operationsfehler und das Risikomanagement am Klinikum Schaumburg.

Des Weiteren bat der Ausschuss die Landesregierung für die Sitzung am 10. Januar 2019 um eine Unterrichtung über die Patientensicherheitsoffensive von APS, vdek und Ersatzkassen mit sieben konkreten Forderungen für mehr Patientensicherheit.

Zudem bat der Ausschuss die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über die Erkenntnisse aus der Niedersächsischen Suchtkonferenz vom 26. November 2018.